

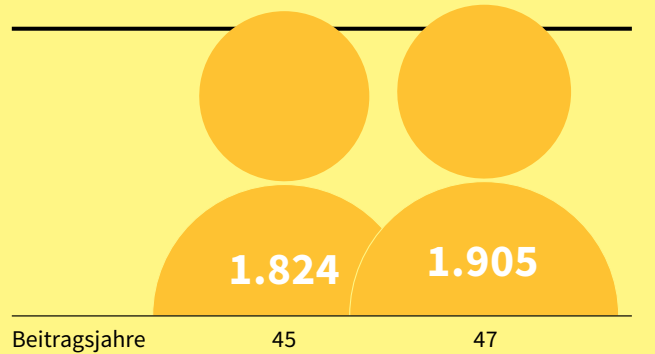
Länger arbeiten, mehr bekommen

Rente. Die gesetzliche Rente ist ein Thema, das alle angeht: Rentenbezieher und Beitragszahler – also Alt und Jung. Angesichts des demografischen Wandels wird derzeit vor allem das künftige Rentenniveau diskutiert, das langfristig nicht unter 43 Prozent sinken soll. Laut IW-Berechnungen wird das auch nicht passieren, schließlich kommen die Beitragszahler aufgrund der verlängerten Lebensarbeitszeit in Zukunft auf mehr Beitragsjahre und damit auf höhere Rentenansprüche.

→ [Seiten 6-9](#)

Der Standardrentner von morgen

Monatliche Bruttorente eines Standardrentners
im Jahr 2029 in Euro



Ursprungsdaten: Bundesministerium für Arbeit und Soziales
© 2016 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

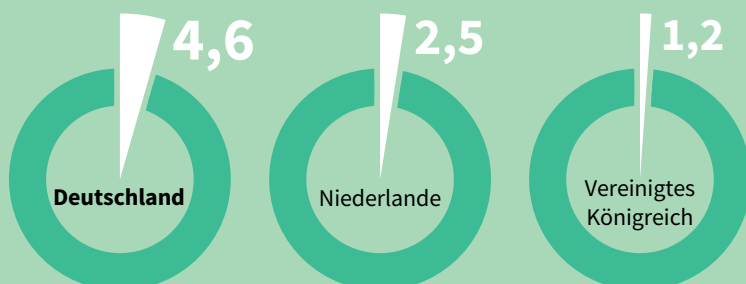
Teures Deutschland

Kaufnebenkosten. Die Hypothekenzinsen sind im Keller. Dennoch können sich viele den Umzug in die eigenen vier Wände kaum leisten: Die Kaufnebenkosten sind in Deutschland viel höher als beispielsweise in den Niederlanden oder im Vereinigten Königreich, wo im besten Fall nur gut ein Viertel der hiesigen Steuern und Gebühren anfällt. Die deutsche Politik sollte sich die beiden Länder zum Vorbild nehmen.

→ [Seiten 4-5](#)

Teure Extras beim Eigenheimkauf

Minimum der Nebenkosten für eine 250.000 Euro (215.000 Pfund) teure Immobilie
in Prozent des Kaufpreises



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2016 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Viele Hemmnisse

Digitalisierung. Vor allem mittelständische Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes lassen sich nur zögerlich auf die Industrie 4.0 ein. Abgeschreckt werden sie nicht zuletzt von den hohen Kosten der Umstellung sowie von der Sorge um die Datensicherheit. Aufgabe der Politik ist es unter anderem, den Breitbandausbau konsequenter voranzutreiben.

→ [Seite 11](#)

Neu auf iwd.de

Unter dem Titel „USA – Was nun?“ zeigt ein neues Dossier auf iwd.de, wie es um die Wirtschaft der USA steht und was die Zukunft unter Donald Trump bringen könnte.

→ [Seite 12](#)

Überschuss ist kein Sanktionsgrund

Leistungsbilanz. Die deutsche Wirtschaft schreibt im Außenhandel schwarze Zahlen. Anders als oft behauptet geht der Leistungsbilanzüberschuss jedoch nicht zulasten der Krisenländer im Euroraum. Vielmehr hat der wirtschaftliche Aufstieg der Schwellenländer zu einer besonders großen Nachfrage nach Produkten der deutschen Investitionsgüterbranche geführt.

Die Forscher des Münchener ifo Instituts haben der deutschen Wirtschaft für 2016 einen Überschuss im Außenhandel von 310 Milliarden Dollar oder 8,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) prognostiziert. Das würde im internationalen Ranking wohl erneut eine Spitzenposition bedeuten – zuletzt lagen in Europa nur die Niederlande vor der Bundesrepublik (Grafik Seite 3):

Im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2015 erzielte Deutschland mit 7,5 Prozent des BIP den zweithöchsten Leistungsbilanzüberschuss aller Euroländer.

Nun hat die EU infolge der Staatsschuldenkrise das „Makroökonomische Überwachungsverfahren“ eingeführt. Es sieht unter anderem vor, dass Länder, die über drei Jahre einen positiven Leistungsbilanzsaldo von mehr als 6 Prozent der Wirtschaftsleistung erzielt haben, von Brüssel genauer kontrolliert werden und gegebenenfalls Maßnahmen gegen wirtschaftliche Ungleichgewichte ergreifen müssen. Schlimmstenfalls drohen sogar Bußgelder. Das wäre Wasser auf die Mühlen derjenigen, die der deutschen Wirtschaft vorwerfen, ihre Handelserfolge auf Kosten der schwächeren Euroländer zu erzielen.

Dem ist jedoch nicht so. Denn die deutschen Überschüsse sind vor allem auf die wirtschaftliche Aufhol-

jangd der Schwellen- und Entwicklungsländer seit der Jahrtausendwende zurückzuführen. In den beiden Jahrzehnten zuvor war die Wirtschaft dort noch im gleichen Tempo gewachsen wie in den Industrieländern. Seither legte das preisbereinigte BIP in den reichen Volkswirtschaften um 28 Prozent zu, in den Schwellen- und Entwicklungsländern aber um 135 Prozent.

Im Zuge dessen verzeichneten Letztere einen Investitionsboom, der bis vor kurzem anhielt (Grafik):

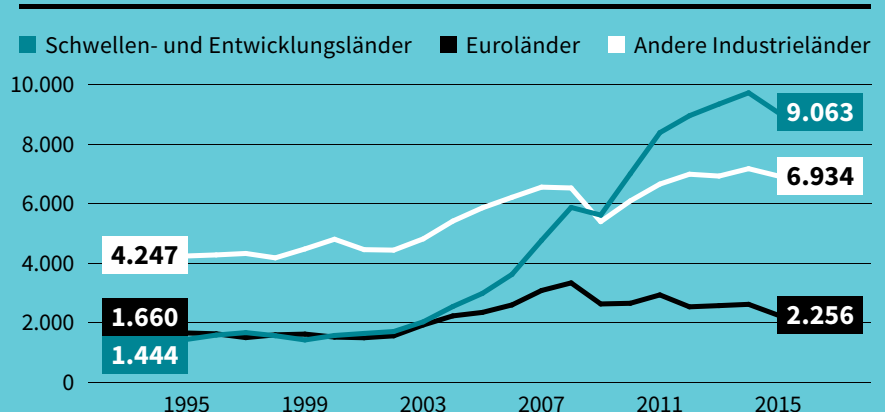
Die Bruttoinvestitionen in den Schwellen- und Entwicklungsländern erreichten 2014 den Rekord von 9,7 Billionen Dollar – mehr als sechsmal so viel wie im Jahr 2000.

Dieser positive Nachfrageschock hat die deutsche Wirtschaft stärker begünstigt als viele andere Euroländer. Denn während die Investitionsgüterproduktion in Deutschland etwa im Jahr 2008 rund 14 Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung beitrug, waren es beispielsweise in Frankreich weniger als 6 Prozent.

Folglich konnten die deutschen Unternehmen während des globalen Investitionsbooms von 2008 vor allem im Außenhandel mit Investitionsgütern hohe Überschüsse erzielen – diese erreichten damals einen Wert von nahezu 340 Milliarden Dollar oder 9 Prozent des BIP. Damit waren aber eben nicht ent-

Investitionen: Schwellenländer machen Tempo

Inländische Bruttoinvestitionen in Milliarden Dollar



Ursprungsdaten: Internationaler Währungsfonds
© 2016 IW Medien / iwd

sprechend hohe Defizite in den Euro-Krisenländern verbunden. Selbst Griechenland kam im gleichen Jahr im Handel mit Maschinen, Produktions- und Transportanlagen mit allen Ländern nur auf ein Minus von 25 Milliarden Dollar.

Die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse spiegeln also vielmehr den Aufbau der Produktionskapazitäten in den Ländern außerhalb des Euroraums wider.

Würde die heimische Wirtschaft nun für ihre Handelserfolge von der EU „bestraft“, käme dies somit nicht den Krisenländern des Euroraums zugute – im Gegenteil: Wenn die deutsche Investitionsgüterindustrie geschwächt würde, hätten darunter auch ihre Zulieferer in den anderen Euroländern zu leiden.

Zudem könnte das Ende der deutschen Überschüsse schneller

Euroländer: Das Leistungsbilanzgefälle

Leistungsbilanzsaldo im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2015 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Niederlande	9,6	Estland	1,0
Deutschland	7,5	Portugal	0,7
Slowenien	6,6	Slowakei	0,3
Malta	5,6	Belgien	-0,2
Luxemburg	5,6	Frankreich	-0,6
Irland	3,8	Finnland	-0,8
Österreich	2,2	Griechenland	-1,4
Italien	1,6	Lettland	-1,8
Spanien	1,3	Zypern	-4,2
Litauen	1,1		

Leistungsbilanzsaldo: Saldo unter anderem aus dem grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungshandel sowie den staatlichen und privaten Übertragungen

Quelle: Eurostat
© 2016 IW Medien / iwd

i7 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

kommen als gedacht. Im Jahr 2015 gingen die Investitionen weltweit zurück – in den Schwellen- und Entwicklungsländern gegenüber

2014 um mehr als 650 Milliarden Dollar. Hält dieser Trend an, wird sich das auch auf den deutschen Leistungsbilanzsaldo auswirken.

Mein iwd



iwd.de: jetzt noch mehr Funktionen.

iwd.de – das Info-Portal für relevante Wirtschaftsthemen bietet Ihnen jetzt noch mehr Komfort. Mit „Mein iwd“ können Sie ab sofort alle Artikel, Grafiken und Dokumente direkt im Web markieren, bearbeiten und in einem eigenen Bereich abspeichern. Damit haben Sie geräteunabhängig Zugriff auf alle Ihre Daten. Nutzen Sie jetzt „Mein iwd“.

Teurer Weg ins Eigenheim

Kaufnebenkosten. Ob Sparbuch, Ansparplan oder Tagesgeldkonto: Die Niedrigzinsen der Europäischen Zentralbank haben viele Formen der Geldanlage unrentabel gemacht. Das Eigenheim lohnt sich dagegen mehr denn je. Doch gerade Ärmere können sich den Umzug in die eigenen vier Wände kaum leisten, weil die Kaufnebenkosten in Deutschland besonders hoch sind.

Ob Berlin, München, Hamburg oder Köln – in den Ballungszentren boomen die Immobilienmärkte. Doch der Anteil der Haus- und Wohnungsbesitzer steigt kaum. Denn in Deutschland können sich fast nur Reiche und Ältere eine eigene Immobilie leisten. Die Wohneigentumsquote der 65- bis 74-Jährigen hat laut Berechnungen des IW Köln von 2010 bis 2014 von 55,9 auf 58,3 Prozent zugelegt. Die Quote bei den einkommensreichsten 20 Prozent der Bevölkerung ist von 65,9 auf 69,1 Prozent gestiegen. Ganz anders die Entwicklung beim einkommensärmsten Fünftel: Im Jahr 2014 wohnten nur 17,4 Prozent im Eigenheim – das waren noch weniger als drei Jahre zuvor.

Dieser Rückgang liegt allerdings nicht primär an den hohen Kaufpreisen – die lassen sich in der Regel über einen Kredit finanzieren. Vielmehr sind es die Kaufnebenkosten, die den Traum vom Eigenheim in Deutschland oft platzen lassen:

Für Grunderwerbssteuer, Notarkosten und die Eintragung ins Grundbuch müssen mindestens 4,6 Prozent des Kaufpreises zusätzlich gezahlt werden, im teuersten Fall sogar 8 Prozent.

Bei einem Kaufpreis von 250.000 Euro sind das mindestens 11.500 Euro extra – und die finanziert keine Bank. Dass der Weg ins Eigenheim günstiger sein kann, zeigt ein Blick

ins Ausland. So gilt in den Niederlanden ein einheitlicher Grunderwerbssteuersatz von 2 Prozent (Grafik). Notarielle Tätigkeiten haben die Nachbarn einst dereguliert, was die Kosten gesenkt hat. Zudem sind die Gebühren für die Eintragungen ins Grundbuch fixiert.

Im Vereinigten Königreich richtet sich die Grunderwerbssteuer nach dem Preis der Immobilie: Bis 125.000 Pfund wird für die Käufer überhaupt keine Steuer fällig, für die nächsten 125.000 Pfund sind es 2 Prozent und erst danach steigt der Steuersatz auf

5 Prozent an. Ein Notar ist für einen Immobilienkauf auf der Insel nicht nötig.

In beiden Staaten sind die Nebenkosten folglich meist viel niedriger als in Deutschland:

In den Niederlanden liegen die Kaufnebenkosten für eine 250.000 Euro teure Immobilie lediglich bei 2,5 bis 2,6 Prozent, im Vereinigten Königreich sogar nur bei 1,2 bis 1,3 Prozent.

Andere europäische Staaten wie Italien und Spanien haben zwar noch höhere Kaufnebenkosten als

Immobilien: Mehr als der Kaufpreis

Nebenkosten für eine 250.000 Euro (215.000 Pfund) teure Immobilie in Prozent des Kaufpreises

	Deutschland	Niederlande	Vereinigtes Königreich
Grunderwerbssteuer	3,5 bis 6,5	2,0	0,8
Notarkosten	0,8 bis 1,0	0,3 bis 0,4	-
Grundbucheintrag	0,3 bis 0,5	0,2	0,4 bis 0,5
Insgesamt	4,6 bis 8,0	2,5 bis 2,6	1,2 bis 1,3

Insgesamt in Euro



11.500 bis 20.000



6.250 bis 6.500



3.000 bis 3.250

Deutschland. Allerdings wäre die deutsche Politik gut beraten, sich nicht daran zu orientieren. Schließlich führen die niedrigen Zinsen momentan dazu, dass private und betriebliche Zusatzrenten immer weniger Gewinn abwerfen. Entsprechend schwerer wird es, vor allem für ärmere Haushalte, sich per Zusatzrente fürs Alter abzusichern. Das Eigenheim wäre eine gute Alternative.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, auch Ärmern den Immobilienkauf zu ermöglichen:

- **Eine niedrigere und einheitliche Grunderwerbssteuer.** Derzeit ist der Steuersatz in Deutschland Sache der Länder. Und da die Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer beim Länderfinanzausgleich außen vor bleiben, ist es für die Finanzminister besonders verlockend, diesen Steuersatz hochzuschrauben.
- **Ein progressiver Tarif** wie im Vereinigten Königreich wäre ebenfalls eine sinnvolle Alternative. Damit würden vor allem weniger betuchte Interessenten unterstützt, die eher kostengünstiges Eigentum kaufen wollen.
- **Ratenzahlung der Grunderwerbssteuer.** Eine beispielsweise über zehn Jahre gestreckte Zahlung wäre für die meisten Käufer sicherlich leichter zu schultern.
- **Kosten senken.** Die Politik sollte prüfen, warum es in Deutschland so viel teurer ist als andernorts, einen Besitzerwechsel im Grundbuch eintragen zu lassen. Außerdem könnten die meisten Kaufverträge standardisiert werden, sodass die ökonomische Rechtfertigung für hohe Notarhonorare wegfällt.



Foto: Röth

Michael Voigtländer leitet das Kompetenzfeld Finanzmärkte und Immobilienmärkte im IW Köln. Er plädiert dafür, die Kaufnebenkosten deutlich zu senken, um auch ärmeren Haushalten den Weg ins Eigenheim zu ermöglichen.

„Wohneigentum schützt vor Armut im Alter“

Immobilien als Sicherheit fürs Alter – das klang auch in den USA vor einigen Jahren sehr verlockend, gerade für ärmere Familien. Doch dann platzte die Immobilienblase, weil sich viele die Ratenzahlungen nicht mehr leisten konnten. Droht diese Gefahr nicht auch in Deutschland?

Nein, denn in Deutschland haben wir einen Immobilienmarkt, der sich fundamental vom amerikanischen unterscheidet. Die Hypothekenzinsen werden in der Regel für zehn oder sogar 15 Jahre festgeschrieben, also sind die finanziellen Belastungen langfristig planbar. Außerdem schauen unsere Banken ganz genau hin, wer kreditwürdig ist – nicht zuletzt, weil es noch strengere europäische Vorgaben gibt als früher.

Die Höhe der Grunderwerbssteuer liegt im Ermessen der Bundesländer. Wenn Geld in der Kasse fehlt, können sie also den Steuersatz erhöhen. Das ist doch eigentlich eine gute Einnahmequelle. Was stört Sie daran?

Bundespolitisch ist derzeit Altersarmut eines der großen Themen. Doch die Diskussion ist schizophren: Einerseits will die Politik Altersarmut vermeiden, andererseits drehen die Bundesländer immer weiter an der Steuerschraube und machen es so gerade ärmeren Familien

nahezu unmöglich, sich eine eigene Wohnung oder ein eigenes Haus zu leisten. Dabei wissen wir, wie gut das Eigenheim im Alter vor Armut schützt.

Deutschland ist traditionell ein Land der Mieter. Warum wollen Sie die Leute ins Eigenheim bringen, obwohl die Kaufpreise gerade in Ballungsgebieten durch die Decke gehen?

Zusammen mit einem Kollegen habe ich berechnet, was sich in Deutschland mehr lohnt: kaufen oder mieten. Durch die niedrigen Zinsen ist der Befund in fast allen Kreisen und Städten eindeutig: Kaufen ist günstiger – um bis zu 30 Prozent. Diese Tatsache sollte die Politik berücksichtigen, wenn sie über Steuern, Abgaben und rechtliche Regelungen Anreize in die eine oder andere Richtung setzt.

In Ihrer jüngsten Studie kritisieren Sie, dass sich die Kaufnebenkosten prozentual am Kaufpreis orientieren. Was genau ist daran verkehrt?

Wenn eine Immobilie mehr kostet, haben Notar oder Grundbuchamt deshalb nicht automatisch mehr Arbeit als mit einer günstigeren Immobilie. Und da der Immobilienmarkt gerade boomt, verdienen sie ohne eigenes Zutun bei gleicher Arbeit immer mehr – denn ihre Honorare richten sich ja nach dem Kaufpreis. Das sollte auf den Prüfstand.

IW-Kurzbericht 72/2016

Michael Voigtländer: A high financial burden for German home buyers, iwkoeln.de/home_buyers

Rente realistisch gerechnet

Rentenniveau. Ein Jahr vor der Bundestagswahl scheint klar, dass die Rente wohl das alles beherrschende Wahlkampfthema sein wird. Deshalb wird die Bundesregierung nicht müde, den Bundesbürgern zu vermitteln, dass das gesetzliche Rentenniveau bis 2030 nicht unter 43 Prozent sinkt. Aller Voraussicht nach wird das tatsächlich nicht geschehen – erst recht wenn man berücksichtigt, dass die Menschen künftig länger arbeiten.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) hat die Bundesregierung in seinem jüngsten Jahresgutachten dringend zu einer Reform der Rentenpolitik ermahnt. Die fünf Wirtschaftsweisen fordern, das Renteneintrittsalter ab 2030 von dann 67 auf 71 Jahre anzuheben – ansonsten würden die Beiträge weiter steigen und das Rentenniveau weiter sinken.

Auch Andrea Nahles treibt das Thema Rente um, allerdings geht es der Bundessozialministerin eher darum, den Bundesbürgern die – größtenteils unberechtigten – Ängste vor einer zunehmenden Altersarmut zu nehmen. „Statt eines stetig sinkenden Rentenniveaus

muss es eine verlässliche Haltelinie geben“, lautet Nahles' Parole.

Tatsächlich wird das Rentenniveau (Kasten) vor Steuern ihrem Ministerium zufolge nach 2030 unter 43 Prozent fallen. Für 2045 droht laut Presseberichten sogar ein Rückgang auf 41,6 Prozent. Ein Jahr vor der Bundestagswahl 2017 soll nun eine längerfristig festgelegte Untergrenze für Vertrauen sorgen. Die Frage ist aber, wie hoch diese Haltelinie liegen soll.

Bislang wird das gesetzliche Rentenniveau für einen Modellfall berechnet, den sogenannten Standard- oder Eckrentner. Er hat 45 Beitragsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung auf dem Buckel und jeweils genau

Das Rentenniveau heute und morgen

Im Jahr 2015 hatte der sogenannte Standard- oder Eckrentner (45 Beitragsjahre mit dem jeweiligen Verdienst des Durchschnittsarbeitnehmers) ein Rentenniveau von 47,5 Prozent des durchschnittlichen Bruttoentgelts in diesem Jahr (jeweils nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und vor Steuern). Nach den Plänen der Bundesregierung wird das Rentenniveau bis 2029 auf 44,6 Prozent sinken.

Das IW Köln hat ausgerechnet, wie hoch das Rentenniveau sein wird, wenn man die längere Lebensarbeitszeit – Stichwort: Rente mit 67 – berücksichtigt, also bis zu zwei zusätzliche Beitragsjahre unterstellt.

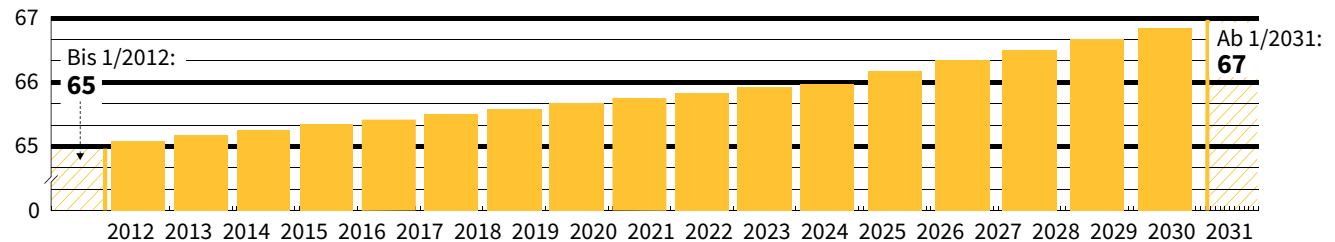
Rentenniveau vor Steuern in der gesetzlichen Rentenversicherung für den Standardrentner

- Standardrentner 2015 und nach dem Rentenversicherungsbericht 2015 der Bundesregierung
- Standardrentner mit längerer Lebensarbeitszeit

	Beitragsjahre	Monatliche Rente in Euro	Rentenniveau	Monatliche Rente in Euro	Beitragsjahre
2015	45	1.314	47,5	-	-
2020	45	1.517	47,6 / 48,5	1.544	45,8
2025	45	1.680	46,0 / 47,4	1.730	46,3
2029	45	1.824	44,6 / 46,6	1.905	47,0

Regelaltersgrenze: Auf dem Weg zur 67

in Jahren



Quelle: Sozialgesetzbuch
© 2016 IW Medien / iwd

iwd Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

so viel verdient wie ein Durchschnittsarbeitnehmer. Laut Rentenversicherungsbericht 2015 der Bundesregierung ergibt sich für diesen Modellfall aktuell ein Rentenniveau vor Steuern von 47,5 Prozent, das nach 2020 sinkt, bis es im Jahr 2029 bei 44,6 Prozent landet.

Allerdings berücksichtigen diese Prognosen nicht, dass der Gesetzgeber die Regelaltersgrenze von derzeit 65 Jahren und vier Monaten schrittweise bis auf 67 Jahre anhebt (Grafik) – verbunden mit der Erwartung, dass die Menschen entsprechend länger arbeiten. Eigentlich müsste der Standardrentner des Jahres 2020 demnach 45,8 Beitragsjahre haben und ab 2030 wären 47 Beitragsjahre zu unterstellen.

Nun könnte man einwenden, dass doch schon heute nur wenige Arbeitnehmer bis zum Erreichen der gesetzlichen Regelaltersgrenze arbeiten. Wie soll dann eine um zwei Jahre längere Arbeitsphase erreicht werden? Doch diese Skepsis verfängt aus zweierlei Gründen nicht:

Erstens wird das Rentenniveau auch heute mit modellhaften 45 Beitragsjahren berechnet, obwohl Männer lediglich auf durchschnittlich 42 Versicherungsjahre kommen und Frauen sogar nur auf rund 28 Jahre. Ob Rente mit 65 oder mit 67 Jahren – der Standardrentner ist immer ein Modell.

Zweitens ist die Zahl der Versicherungsjahre von 2005 bis 2014 bei den Männern um 2,1 und bei den Frauen um 2,9 Jahre gestiegen. Das lässt für die Zukunft hoffen.

Das IW Köln hat ausgerechnet, wie hoch das Rentenniveau sein wird, wenn man die zusätzlichen Beitragsjahre berücksichtigt (Grafik Seite 6):

Weist der Standardrentner im Jahr 2029 aufgrund der Rente mit 67 zwei Beitragsjahre mehr auf als heute, steigt das Rentenniveau vor Steuern von 44,6 auf 46,6 Prozent.

Ein Standardrentner könnte also durch die Verlängerung seiner Lebensarbeitszeit zwei Drittel der drohenden Versorgungslücke schließen.

Gegen die Idee einer längerfristigen Haltelinie ist dennoch grundsätzlich nichts einzuwenden, schließlich wird der demografische Wandel auch über 2030 hinaus auf der umlagefinanzierten Rentenversicherung lasten. Diese Haltelinie sollte aber nicht genutzt werden, um das Versorgungsniveau durch die Hintertür anzuheben. Dazu geben die vorliegenden Fakten keinerlei Anlass.

Das gesetzliche Rentenniveau

Ob Sicherungsniveau, Standardrentenniveau oder einfach nur Rentenniveau – gemeint ist immer das Verhältnis zwischen der sogenannten Standardrente (auch Eckrente genannt) und dem Durchschnittseinkommen aller Erwerbstätigen in einem Jahr. Wie hoch die aktuelle Eckrente ist, kann man auf der Homepage der Deutschen Rentenversicherung nachlesen: Im ersten Halbjahr 2016 betrug sie 1.314 Euro. Das ist jene Rente, die dem idealtypischen Standardrentner – er hat 45 Jahre lang jeweils genau das Durchschnittseinkommen verdient und entsprechende Rentenbeiträge gezahlt – beim derzeitigen Rentenniveau von 47,5 Prozent monatlich zusteht.

Bei der Berechnung werden vom Bruttoentgelt sämtliche Sozialversicherungsbeiträge abgezogen. Auf der Rentnerseite entfallen Beiträge zur Arbeitslosen- und Unfallversicherung. Dafür müssen Rentner neben der Hälfte des allgemeinen Beitragssatzes zuzüglich des Zusatzbeitrags der jeweiligen Krankenversicherung den vollen Beitrag zur sozialen Pflegeversicherung zahlen.

Selbstverständlich müssen die Renten auch noch versteuert werden. Der Steuersatz hängt allerdings vom gesamten Haushaltseinkommen und vom Alter des Rentners ab. Dabei gilt seit 2005 das Prinzip der nachgelagerten Besteuerung: Das heißt, die Aufwendungen für die Altersvorsorge, also die Beitragszahlungen, werden nach und nach steuerfrei gestellt, im Gegenzug muss ein steigender Anteil der Rente versteuert werden – bis schließlich die Neurentner im Jahr 2040 ihre Rente voll versteuern müssen. Weil die Steuerlast also vom Einzelfall abhängt, wird das Rentenniveau nach Abzug der Sozialbeiträge, aber „vor Steuern“ berechnet.

Eines ist sicher: steigende Beiträge

Rente. Aufgrund des demografischen Wandels müssen die Beitragszahler in Zukunft selbst dann höhere Lasten schultern, wenn das Rentenniveau sinkt. Ein konstantes oder gar höheres Rentenniveau würde den Beitragszahlern zusätzliche Kosten aufbürden.

Akzeptiert die Bevölkerung die umlagefinanzierte Rentenversicherung langfristig nur dann, wenn ein ausreichendes Versorgungsniveau besteht? Das wird immer wieder behauptet – zum Beispiel von Bundessozialministerin Andrea Nahles und von den Gewerkschaften.

Tatsächlich erwartet die Bundesregierung, dass das Rentenniveau vor Steuern nach dem Jahr 2030 auf unter 43 Prozent sinkt. Soll es dagegen, wie mancher Gewerkschafter wünscht, wieder auf 50 Prozent und mehr steigen, muss das Ganze auch bezahlt werden. Und wie steht es dann wohl um die Akzeptanz der gesetzlichen Rente bei den Beitragszahlern?

Zur Erinnerung: Nach 2020 wechseln die Mitglieder der geburtenstarken Jahrgänge 1955 bis 1969 nach und nach in den Ruhestand. Diese Entwicklung hat gravierende Auswirkungen auf das Umlageverfahren der Rentenversicherung:

Heute kommen in Deutschland auf einen Ruheständler jenseits der 64 etwa drei Personen im Erwerbsalter, nach 2030 werden es nur noch zwei sein.

Damit steigt die Zahl der Empfänger einer gesetzlichen Rente, während aufgrund der anhaltend niedrigen Geburtenraten immer weniger Beitragszahler folgen.

Der Gesetzgeber hat mithilfe mehrerer Rentenreformen bereits

versucht, sowohl die Rentner als auch die Beitragszahler an den Kosten zu beteiligen, die der demografische Wandel in den nächsten Jahrzehnten in der Rentenversicherung verursachen wird.

Laut Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung vom November 2015 sinkt das Rentenniveau vor Steuern von derzeit 47,5 Prozent bis auf 44,6 Prozent im Jahr 2029. Gleichzeitig muss der Beitragssatz von 18,7 Prozent bis auf 21,5 Prozent steigen.

Das IW Köln hat die Folgen dieses Beitragssatzanstiegs auf die Brutto- und Nettoeinkommen für verschiedene Haushaltskonstellationen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels simuliert.

Das Ergebnis sind zwei gegenläufige Effekte: Ein höherer Beitragssatz reduziert bei unveränderten Verdiensten das Nettoeinkommen – von einem möglichen Einfluss steigender Lohnnebenkosten auf die Beschäftigung sieht die Simulationsrechnung ab. Gleichzeitig können höhere Sozialabgaben steuerlich angerechnet werden, was die individuelle Einkommenssteuerlast leicht reduziert.

Steigt der Beitragssatz also wirklich von aktuell 18,7 Prozent bis auf 21,5 Prozent im Jahr 2029 an, dann müssen

• **kinderlose Singles** mit einem durchschnittlichen sozialversiche-

rungspflichtigen Bruttoeinkommen von derzeit ungefähr 37.000 Euro auf 387 Euro pro Jahr verzichten (Grafik);

• **kinderlose Doppelverdiener** mit fast 800 Euro pro Jahr weniger auskommen;

• **Paare mit zwei Kindern**, von denen ein Elternteil einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht und ein durchschnittliches Jahresbruttoeinkommen von 55.000 Euro erzielt, mit einer Einbuße von knapp 530 Euro rechnen.

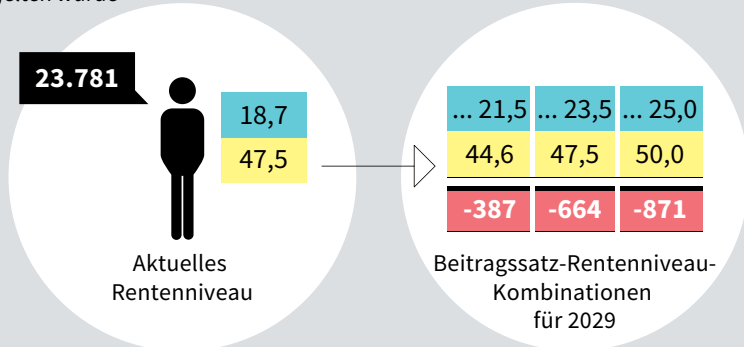
Dass gleichzeitig das Sicherungsniveau vor Steuern für die Rentner sinkt, kann als Teil des Generationenvertrags interpretiert werden, der die demografisch bedingten Anpassungslasten auf Rentner und Beitragszahler verteilt. Entscheidet sich die Politik für ein im Vergleich zu heute konstantes oder sogar höheres Versorgungsniveau, wird dieses Gleichgewicht infrage gestellt.

Würden die zusätzlichen Mehrausgaben, die nötig wären, um das Sicherungsniveau dauerhaft bei 47,5 Prozent festzuzurren, ausschließlich von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert, müsste der Beitragssatz auf geschätzt 23,5 Prozent steigen. Für kinderlose Singles würde dies eine jährliche Nettoeinbuße von jährlich 664 statt 387 Euro bedeuten. Doppelverdienerpaare ohne Nachwuchs müssten auf 1.370 Euro Nettoeinkommen verzichten und Paare mit zwei

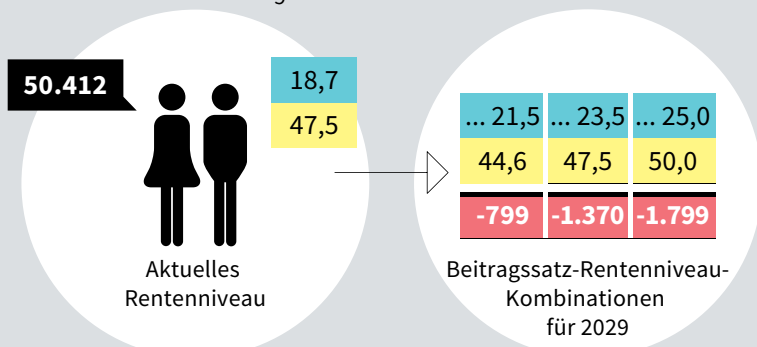
Rente: Die künftige Last der Beitragszahler

■ Nettoeinkommen 2016 ■ Beitragssatz in Prozent
 ■ Rentenniveau vor Steuern in Prozent des durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts

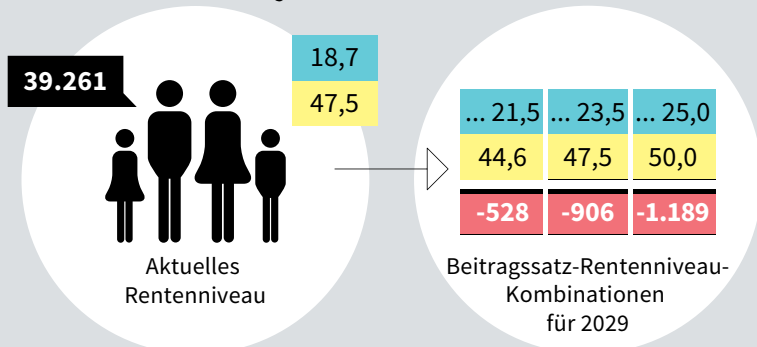
■ Um so viel Euro würde sich das Durchschnittseinkommen eines sozialversicherungspflichtig beschäftigten Singles ohne Kind reduzieren, wenn der im Jahr 2029 für das jeweilige Rentenniveau erforderliche Beitragssatz von ... Prozent schon heute gelten würde



■ Um so viel Euro würde sich das Durchschnittseinkommen eines kinderlosen Paares, bei dem beide Partner sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, reduzieren, wenn der im Jahr 2029 für das jeweilige Rentenniveau erforderliche Beitragssatz von ... Prozent schon heute gelten würde



■ Um so viel Euro würde sich das Durchschnittseinkommen eines Paares mit zwei Kindern, bei dem ein Partner sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist, reduzieren, wenn der im Jahr 2029 für das jeweilige Rentenniveau erforderliche Beitragssatz von ... Prozent schon heute gelten würde



Sozialversicherungspflichtiges Bruttoeinkommen: auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels, fortgeschrieben bis zum Jahr 2016 mithilfe des IW-Mikrosimulationsmodells STATS; Beitragssatz-Rentenniveau-Kombinationen für 2029: Hochrechnung auf der Basis des Rentenversicherungsberichts 2015 der Bundesregierung

Ursprungsdaten: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Sozio-oekonomisches Panel
 © 2016 IW Medien / iwd

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Kindern und einem Einkommen auf rund 900 Euro.

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di setzt sich sogar für ein künftiges Rentensicherungslevel vor Steuern von 50 Prozent ein – dann müsste der Beitragssatz aber bis zum Ende des kommenden Jahrzehnts auf 25 Prozent steigen. Unter diesen Bedingungen verlören alle Beitragszahler weiteres Geld: Der kinderlose Single müsste auf 870 Euro netto verzichten, das kinderlose Paar auf 1.800 Euro und das Paar mit zwei Kindern auf fast 1.200 Euro.

Natürlich lassen sich die künftigen Rentenbeitragssätze nicht mit 100-prozentiger Sicherheit vorhersagen. Die IW-Ergebnisse verdeutlichen aber zweierlei:

Erstens. Wer A sagt, muss auch B sagen: Ein konstantes oder höheres Rentenniveau erfordert gleichzeitig einen Beitragssatz, der bereits vor 2029 die bisherige Obergrenze von 22 Prozent überschreitet.

Zweitens. Wer sich angesichts des sinkenden Versorgungsniveaus Sorgen um die Akzeptanz des gesetzlichen Solidarsystems macht, der sollte nicht nur auf die Rentner und älteren Arbeitnehmer schauen, sondern auch auf die jungen Beitragszahler. Denn sie müssen das System langfristig tragen.

Fest steht: Die Menschen müssen immer länger eigenverantwortlich für das Alter vorsorgen. Nur so lässt sich vermeiden, dass die Kosten der Bevölkerungsalterung allein zulasten der Beitragszahler gehen. Junge Menschen werden eine solidarische Rentenversicherung auf Dauer nur dann akzeptieren, wenn deren Finanzierung nicht die eigenen Beschäftigungs- und Einkommenschancen über Gebühr belastet.

Ein Doppelinterview zum Thema finden Sie unter: link.iwd.de/rente-interview

Hashtags aus dem Bundestag

Twitter. Viele Staats- und Regierungschefs rund um den Globus tun es regelmäßig: Sie nutzen Twitter. Über den Kurznachrichtendienst werden in erster Linie Nachrichten und aktuelle Themen verbreitet und kommentiert. Die Bedeutung dieses schnelllebigen Kanals ist auch den deutschen Politikern nicht entgangen, viele Bundestagsabgeordnete schreiben mittlerweile regelmäßig Tweets.

Der Kurznachrichtendienst Twitter hat seit seiner Gründung 2006 schnell an Popularität gewonnen:

Im Jahr 2010 verzeichnete Twitter 30 Millionen aktive Nutzer weltweit, aktuell sind es 313 Millionen.

Deutschland aber zählt eher zu den Twitter-Entwicklungsländern. Von den 82 Millionen Bundesbürgern besuchen jeden Monat nur 12 Millionen die Plattform. Dagegen informieren sich von den 320 Millionen Einwohnern der USA 66 Millionen auf Twitter.

Gleichwohl erkennen mehr und mehr Deutsche, dass Twitter ein wichtiges Instrument für die Vernetzung und Nachrichtenverbreitung ist. Gab es 2013 rund 3,8 Millionen deutsche Tweets pro Monat, waren es im vergangenen Jahr schon mehr als 30 Millionen.

Da Twitter vor allem ein inhaltsgetriebenes Netzwerk ist, interessieren sich in erster Linie Meinungsbildner und Politiker für dieses Medium (Grafik):

Derzeit hat über die Hälfte der deutschen Bundestagsabgeordneten einen eigenen Twitter-Account – Tendenz steigend.

Vor allem die Grünen zwitschern eifrig: Mehr als 90 Prozent ihrer Bundestagsabgeordneten verfügen über einen Twitter-Account. Auch bezüglich der Popularität punkten die Grünen-Politiker mit durchschnittlich etwa 9.150 Followern.

Auf der Politiker-Beliebtheitsskala steht der Chef des Bundeskanzleramts, Peter Altmaier (CDU), mit 129.000 Followern klar an der Spitze. Auch für die Tweets der linken Politiker Gregor Gysi und Sahra Wagenknecht mit 105.000 respektive 104.000 Followern interessieren sich vergleichsweise viele Menschen.

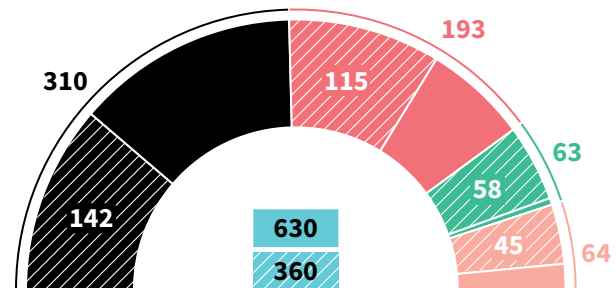
Interessanterweise hängt die Popularität eines Politikers nicht von der Menge seiner Tweets ab, sondern von dem, was er oder sie mitteilt. Sahra Wagenknecht beispielsweise hat bislang lediglich rund 570 Tweets verfasst, der Grünen-Politiker Volker Beck dagegen stolze 46.100 – trotzdem folgen ihm nur 68.000 Nutzer.

Twitternde Abgeordnete

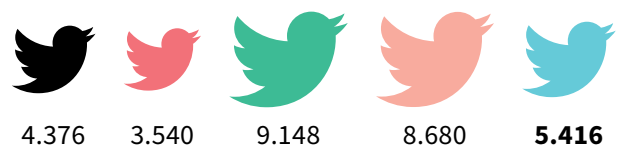
Bundestagsabgeordnete:

- CDU/CSU
- SPD
- Bündnis 90/Die Grünen
- Die Linke
- Insgesamt

▨ Bundestagsabgeordnete mit Twitter-Account



Durchschnittliche Zahl an Followern je Twitter-Account



Stand: 12.10.2016

Ursprungsdaten: Twitter
© 2016 IW Medien / iwd

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Wenn Politiker Twitter strategisch einsetzen wollen, gibt es mehrere Möglichkeiten. Sahra Wagenknecht etwa bezieht in ihren Tweets aktiv Stellung zu politischen Ereignissen. Im Gegensatz dazu veröffentlicht Gregor Gysi regelmäßig Videos von sich. Peter Altmaier dagegen reflektiert nicht nur politische Entwicklungen, sondern twittet auch gerne Mitteilungen über andere Themen wie Sport, und das dreisprachig.

Bundeskanzlerin Angela Merkel verzichtet übrigens auf einen eigenen Twitter-Account, sie lässt diesen Kanal von ihrem Regierungssprecher Steffen Seibert bespielen.

Zögerlicher Mittelstand

Digitalisierung. Von Firmen-Apps bis zur vollautomatischen Fertigung in der Industrie 4.0: Die Digitalisierung bietet den Unternehmen viele Möglichkeiten. Doch vor allem der Mittelstand zögert, wenn es um den Einsatz technischer Neuerungen geht. Warum das so ist, beleuchtet eine aktuelle IW-Analyse.

Die Geschwindigkeit, mit der digitale Prozesse das Wirtschaftsleben verändern, erscheint oft atemberaubend. Die sogenannte Industrie 4.0 hat das Potenzial, die gesamte Produktion umzukrempeln: Die durchgehende Digitalisierung der Fertigung einschließlich der Schnittstellen zu Lieferanten und Abnehmern kann nicht nur die Durchlaufzeiten massiv reduzieren, sondern könnte auch zu regelrechten Effizienzsprüngen führen.

Das ist allerdings noch Zukunftsmusik, obwohl die erforderlichen Technologien oft schon existieren – bislang jedenfalls hat sich die digitale Revolution kaum auf die betriebliche Leistung ausgewirkt:

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität in Deutschland ist zuletzt nur noch minimal gestiegen.

So stehen viele Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in der Vorbereitung auf die Industrie 4.0 noch am Anfang, wie eine Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und der IW Consult zeigt:

Die meisten Betriebe, gerade Mittelständler, zögern bei der Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben.

Abgeschreckt werden sie vor allem von den hohen Kosten der Umstellung sowie von der Sorge um

die Datensicherheit (Grafik). In vielen Unternehmen fehlt zudem das Know-how für komplexe Digitalisierungsvorhaben. Viele Betriebe können auch nicht im Detail bewerten, ob sich Investitionen in die Digitalisierung der Fertigung wirklich auszahlen. Weitere Hemmnisse sind fehlende Standards, die noch immer begrenzte Verfügbarkeit von Breitbandverbindungen und die als unsicher empfundenen rechtlichen Rahmenbedingungen.

Um den Betrieben den Weg in die digitale Zukunft zu ebnen, ist auch die Politik gefordert. So kommt sowohl die Digitalisierung der Behörden selbst als auch die der Genehmigungs- und Meldeverfahren für die Firmen nur schleppend voran (vgl. iwd 44/2015). Auch der Breitbandausbau ist nicht zu Ende gedacht: Die für das Jahr 2018 angestrebte Geschwindigkeit von mindestens 50 Megabit pro Sekunde ist völlig unzureichend, um die Schnittstellen zwischen Unternehmen zu digitalisieren.

Die mittelständischen Unternehmen sollten aber auch selbst mehr Elan entwickeln, um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Viele Befragungen im Rahmen der vom IW Köln untersuchten Studien zeigen jedoch, dass gerade im Mittelstand noch Unklarheit über die Wertschöpfungspotenziale und andere Vorteile

Digitalisierung: Hier hakt es noch

So viel Prozent der vom IW Köln untersuchten Studien zum Thema „Industrie 4.0 und Digitalisierung“ benennen als Digitalisierungshemmnis der Unternehmen ...

... die IT-Sicherheit **50,0**

... die Kosten/
den Investitionsbedarf **50,0**

... mangelndes
Know-how **44,7**

... die Standards/
Schnittstellen **28,9**

... die Breitband-
verfügbarkeit **26,3**

... die rechtlichen
Rahmenbedingungen **18,4**


... Probleme mit der
Strategie/Koordinierung **18,4**

... die Abhängigkeit
von den Technologien **10,5**

... die Komplexität
des Themas **7,9**

38 Studien, die sich mit Hemmnissen und Barrieren für die Digitalisierung befassen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2016 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

der Digitalisierung bestehen. Und auch in den Studien werden die Hemmnisse deutlich stärker thematisiert als die Chancen.

IW-Analysen Nr. 109

Vera Demary, Barbara Engels, Klaus-Heiner Röhl, Christian Rusche: Digitalisierung und Mittelstand – Eine Metastudie
iwkoeln.de/digitalisierung_mittelstand

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe
(verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf,
Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis:
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,
inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag:
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die
elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
pressemonitor.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.

Top-Liste: Das Reben-Ranking

Schlechte Nachrichten für Liebhaber von Chianti und Co.: In diesem Jahr dürften aufgrund klimatischer Ereignisse weltweit nur knapp 260 Millionen Hektoliter Wein hergestellt werden, 15 Millionen Hektoliter weniger als 2015. Zu besonders großen Einbußen kam es in Argentinien, Chile und Brasilien. Aber auch Deutschland, immerhin zehntgrößter Weinproduzent der Welt, dürfte mit 8,4 Millionen Hektolitern im Jahr 2016 voraussichtlich 4 Prozent weniger Wein herstellen als im Vorjahr. Für den heimischen Konsum reicht das allerdings so oder so nicht: In der Bundesrepublik wird doppelt so viel Wein getrunken, wie die hiesigen Winzer herstellen.

Zahl der Woche



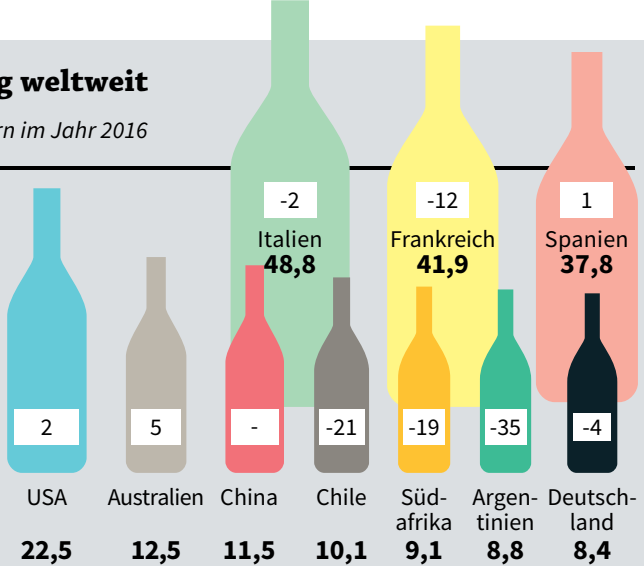
So stark sind die weltweiten CO₂-Emissionen von 1990 bis 2014 gestiegen. Die Teilnehmerstaaten der UN-Klimakonferenz in Marrakesch wollen den Trend umkehren und die globale Erwärmung stoppen. Das ist jedoch keine leichte Aufgabe: Um den Temperaturanstieg auf deutlich weniger als 2 Grad zu begrenzen, müsste der Ausstoß an Treibhausgasen gegenüber dem Jahr 1990 langfristig halbiert werden.

Weinerzeugung weltweit

in Millionen Hektolitern im Jahr 2016

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

-5
Weltweit
259,4



Schätzung; China: Produktionsmenge für 2015

Quelle: Internationale Organisation für Rebe und Wein
© 2016 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Was bringt Trump?

Noch gelten die USA als wirtschaftliche und politische Weltmacht. Vorbild und Vorreiter sind sie jedoch schon lange nicht mehr. Das zeigte nicht erst der schmutzigste Wahlkampf aller Zeiten, sondern bereits die Finanzkrise. Mit dem Präsidenten Donald Trump drohen nun Protektionismus und das Ende der Globalisierung. Ein neues Dossier auf iwd.de gibt einen Überblick über die US-Wirtschaft vor Trump – und wird nach und nach aufzeigen, wie es unter seiner Ägide weitergeht.

